

**Zeitschrift:** DrogenMagazin : Zeitschrift für Suchtfragen  
**Herausgeber:** Verein DrogenMagazin  
**Band:** 22 (1996)  
**Heft:** 1

**Rubrik:** Reflexe

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 14.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## REFLEXE

In seiner letzten Nummer von 1995 berichtete das DrogenMagazin über die Schwierigkeiten des kolumbianischen Präsidenten **Ernesto Samper**, der Öffentlichkeit beizubringen, dass seine Wahlkampagne 1994 wohl möglicherweise durch Drogengelder mitfinanziert worden sei, dass er – Samper – aber von diesem Umstand keine Ahnung gehabt habe. Diese Beteuerung wurde im Dezember des letzten Jahres durch eine parlamentarische Untersuchungskommission mit der Erklärung unterstützt, dass der Präsident völlig unschuldig sei. Weil 11 von 15 Mitgliedern des Ausschusses der gleichen Partei angehören wie Samper, zweifelte die Mehrheit der kolumbianischen Bevölkerung weiter an der Glaubwürdigkeit ihres Präsidenten. Ende Januar wurde die öffentliche Skepsis von prominenter Seite her genährt: Der seit fünf Monaten im (luxuriösen) Gefängnis residierende Ex-**Verteidigungsminister Botero** liess nämlich verlauten, Präsident Samper habe sehr wohl über das Einfließen von 6 Millionen Dollar Drogengeldern in seine Wahlkampfkasse Bescheid gewusst.

Der Präsident bezeichnete Botero zwar in einer geharnischten Erklärung als Lügner, schien aber die öffentliche Kritik doch so ernst zu nehmen, dass er das Volk darüber entscheiden lassen wollte, ob er im Amt bleiben soll oder nicht. Eine solche Abstimmung wird von führenden Politikern in Kolumbien als sinnlos oder gar gefährlich eingeschätzt: Der liberale Ex-Präsident Alfonso Lopez z.B. befürchtet, dass eine solche Abstimmung das Land zum jetzigen Zeitpunkt an den Rand eines Bürgerkrieges bringen könnte, und der Generalstaatsanwalt Valdiesco mahnte, dass ein Volksverdict die Gerechtigkeit nicht ersetzen könne und erhob Anklage wegen illegaler Bereicherung und Wahlbetrug.

Diverse Tageszeitungen, Januar, Februar 96

## REFLEXE

Während sich der kolumbianische Präsident Samper gegen das Abgleiten (oder das Abgegleitetwerden) in die zwielichtige Welt des Drogenhandels sträubt, strebt eine andere Persönlichkeit danach, den

umgekehrten Weg zu gehen: **Khun Sa**, Drogenhändler, Multimilliardär und Oberhaupt des durch ihn deklarierten **Shan-Staates** im «Goldenen Dreieck» zwischen Laos, Burma und Thailand scheint seine persönliche Freiheit mit der Freiheit der Shan-Völker erkaufte zu haben.

Die Shan sind eines von fünf Minderheiten-Völkern im thailändisch-burmesischen Grenzgebiet, die seit 50 Jahren für ihre Unabhängigkeit in einer burmesischen Union kämpfen. Khun Sa (übersetzt: Lord des Wohlstands) unterstützte mit Geld und seiner rund 15'000 Mann starken Shan State Army diesen Freiheitskampf und durfte als Gegenleistung seinen lukrativen Drogenhandel betreiben (geschätzter Jahresumsatz: 300 Millionen Dollar).

Diese «Joint-Venture» erlitt einen herben Rückschlag als Khun Sa **1995 eine Palastrevolte** mit Gewalt niederschlug: Offiziere der Mong Tai Army, der offiziellen Guerrillatruppe der Shan-Völker hatten ihm vorgeworfen, weniger am Befreiungskampf seines Volkes als an seinem persönlichen Wohlstand interessiert zu sein. Als sich noch die Hälfte seiner Privatarmee (Shan State Army) abspaltete, fasste der Drogenlord offensichtlich den Entschluss, die Unterstellungen seiner Partner bis ins letzte zu bewahrheiten und unterbreitete der burmesischen Militärjunta ein Friedensangebot, welches er nach Vermutungen aus Kreisen der Shan noch mit einem Millionengeschenk versüsste. Sein florierendes Geschäft hatte Khun Sa zuvor an ein Drogensyndikat verkauft, welches im burmesisch-chinesischen Grenzgebiet operiert.

BaZ, 5.1.96

## REFLEXE

Jahrelang wurde die Mitgliederliste der «**Parlamentariergruppe Drogenfragen**» wie ein Geheimnis gehütet; da überrascht es nicht, dass es einigen Wirbel gab, als die «Sonntagszeitung» Mitte Januar die Namen der PolitikerInnen veröffentlichte, die in diesem für seine repressionsbefürwortende Haltung bekannten Gremium Einsitz haben.

Der 1995 gewählte Laufner CVP-Nationalrat **Rudolf Imhof** zum Beispiel kündigte seine Mitgliedschaft umgehend, als er erfuhr, welch einseitige Drogenpolitik die

Gruppierung vertritt. Er hatte sich bei seiner Anmeldung in die Parlamentariergruppe vergessen zu informieren und sah sich in seiner Hoffnung getäuscht, auf Gleichgesinnte zu treffen, die das Gremium zum fraktionsübergreifenden Informationsaustausch verwenden.

Nicht auf seine Unwissenheit berufen kann sich der aargauische Nationalrat **Peter Bircher**, dessen Mitgliedschaft in der «Parlamentariergruppe Drogenpolitik» ebenfalls überrascht. Bircher ist nämlich Präsident der Aargauischen Vereins für Suchtprobleme (AVS), der grössten kantonalen Suchthilfeorganisation und vertritt in dieser Funktion und als Politiker eine Drogenpolitik, die im grossen und ganzen derjenigen des Bundes entspricht. Bircher betont denn auch, dass er der Gruppe vor allem aus Gründen der Informationsbeschaffung angehöre. Da die Information unter anderem durch interessante Tagungen und Referate gewährleistet sei, beabsichtigt Bircher auch nicht, aus der Gruppierung auszutreten.

BaZ, 20.12.96

## REFLEXE

Würde er dereinst ins nationale Parlament gewählt, wäre er ein ganz heisser Kandidat für «Gruppe Drogenpolitik»: **Werner Wassmer** – seines Zeichens freizeitsparteilicher Grossrat im Kanton Aargau. Wassmer hatte in einer Zeitung einen Artikel über beiden «**Panzerknacker**» Trix Meier und Clod Erismann gelesen, die schon in mehr als 70 aargauische Schulzimmer eingedrungen sind, um dort die (seelischen) Panzer der Kinder zu knacken, d.h. sie unter anderem dabei zu unterstützen, Konflikte offen auszutragen.

Dieses subversive Unterfangen (resp. der Zeitungsartikel darüber) inspirierte Wassmer, den Aargauer Regierungsrat per Interpellation über diese «**Verherrlichung der Gewalt**» zu informieren, denn die sei Schuld an der zunehmenden Kriminalität – zusammen mit immer «**groteskeren Erziehungsmethoden**».

Falls sich die «Panzerknacker» die besorgten Einwände von Grossrat Wassmer nicht zu Herzen nehmen, droht in diesem Jahr weiteren 30 Aargauer Klassen der Einbruch in ihr Schulzimmer; zudem

hat das kriminelle Duo auch schon Schulen in andern Kantonen im Visier.

Beobachter, 2/96

## REFLEXE

Mit ähnlicher Konsequenz wie sich Grossrat Wassmer gegen die Verbreitung von Gewalt einsetzt, engagiert sich die deutsche Regierung gegen die Zunahme des Drogenkonsums. «**Keine Macht den Drogen**» heisst der Slogan, der dem Publikum via Fussballerbrust und Bandenwerbung vermittelt wird. Durch Bierbrauereien gesponserte Fernsehübertragungen sorgen für millionenfache Verbreitung und auf der Bande steht die Propagierung der (gewünschtermassen) machtlosen Drogen Hand in Hand mit Anzeigen für alkoholische Getränke. Diesen Widerspruch bezeichnet die **Deutsche Hauptstelle für Suchtgefahren** (DHS) als «zynisch», eine Bewertung, die angesichts der neuesten Alkoholstatistik der BRD nicht gänzlich unpassend erscheint: Die Deutschen trinken pro Jahr nämlich – GreisInnen und Kinder eingerechnet – pro Person 138 Liter Bier, 18 Liter Wein, 7 Liter Spirituosen und 5 Liter Sekt. Standpunkte 9/95

## REFLEXE

Weniger widersprüchlich als das Suchtverständnis der deutschen Regierung ist dasjenige des Pfarrers und des Kirchenrates der Evangelisch-reformierten Kirchgemeinde **Küssnacht am Rigi**: Pfarrer Hans Weber hatte im Oktober 1995 ein KonfirmandInnenlager abgebrochen, da die Jugendlichen verbotenerweise **Alkohol** konsumiert und im Haus geraucht hatten. Als bei einem Fest entgegen einer Abmachung alkoholhaltige Getränke und erst noch **Hanfgetzli** konsumiert wurden, war das Mass voll: Pfarrer Weber betrachtete seine Töchter und Söhne offensichtlich als verloren und weigerte sich den KonfirmandInnenunterricht nach Weihnachten fortzusetzen, was die Jugendlichen hart getroffen haben muss. Die Kirchgemeinde doppelte nach und beschloss, 1996 keine Konfirmation auszurichten, wobei den Betroffenen Gelegenheit geboten wird, im nächsten Schuljahr einen neuen Anlauf zu nehmen. Neue Luzerner Zeitung, 11.1.96